

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/46. Jahrgang

Juni 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

## Kita-Streik unterstützen! Geld für Kinder statt für Krieg

Seit dem 8. Mai streiken 240.000 Beschäftigte im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst für eine bessere Bezahlung und die notwendige Anpassung der Vergütung an die wachsenden verantwortungsvollen Aufgaben die sie zu bewältigen haben.

Mit eindrucksvollen Demonstrationen verleihen sie ihren berechtigten Forderungen auch in Gießen Nachdruck



19. Mai in Gießen

wie u. a. am 19. Mai mit 8500 und am 27. Mai mit 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Rund 700 Beschäftigte

aus Mittelhessen beteiligen sich Tag für Tag an Streikaktionen. Bis Redaktionsschluss wurde von den Dienstherren auch nach mehreren Verhandlungen kein Angebot vorgelegt mit der üblichen verlogenen Begründung, „es ist kein Geld da“.

### Inhalt:

Mai-Demo in Gießen	S.2
Wohnbau/DKP-Mai-Veranstltg.	S.3
Ballermann Wieseckau/Streikrecht	S.4
Bouffier + Uniklinikum/Streikrecht	S.5
PKK-Verbot/Demo 8. Mai/Leserbrief	S.6
Antikommunismus/Schiffe versenken	S.7
Termine/G7/SDAJ-Festival	S.8

Dagegen werden gerade jetzt nach Angaben des bayerischen Steuerzahlerbundes bis zu 360 Millionen Euro für den G7-Gipfel in Elmau verpulvert. Und nicht ohne Grund sind die kommunalen Kassen leer. Durch Verzicht auf Vermögenssteuer und andere Steuergeschenke hat die BRD in den letzten 25 Jahren großzügig auf rund 500 Milliarden Euro verzichtet und den Unternehmern zugeschanzt. Auch die derzeitigen spru-

(Fortsetzung Seite 2)

## Gießener Einzelhandel: Eene meene muh und raus bist du!

Während Karstadt als Spielball von Spekulanten nicht aus den Schlagzeilen kommt, eröffnen in Gießen die Kaufhäuser Röther und C&A im ehemaligen Horten/Galeria-Kaufhof-Gebäude. Es kann gewettet werden, welches nächste Gießener Einzelhandelsunternehmen baden geht. Die Expansion des Karstadt-Konzerns in Gießen hatte bereits in den 50er und 60er Jahren viele Fachgeschäfte in den Ruin getrieben. Mit der Eröffnung von Horten im Oktober 1976 - als drittes Warenhaus mit 500 Arbeitsplätzen groß gefeiert - nahm das Einzelhandelssterben zu.

Anfang der 80er Jahre wurden nicht nur bei Karstadt und Horten Beschäftigte entlassen. Verstärkt wurde die Entwicklung durch die Ausweitung der Öffnungszeiten an Sonntagen, dann donnerstags und schließlich generell. Das verursachte vielen Geschäften zusätzliche Kosten, brachte aber nicht mehr Umsatz. Seit den 90er Jahren gibt es in der Fußgängerzone vorwiegend Klamotten-, Ramsch- und Handy-Läden. Auch der Versuch, in der Westanlage mit der Dern-Passage 1993 eine „Mall“ zu etablieren, schlug fehl; nach mehreren Wechseln und Pleiten steht der

gesamte Komplex (bis auf eine Mucki-Bude) leer.

(Fortsetzung Seite 2)



**Für Frieden und Sozialismus!**





## Hunderte bei der Demo und Kundgebung zum 1. Mai in Gießen

Die Aktionen des DGB zum 1. Mai standen in diesem Jahr unter dem Motto: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“. Über 400 Menschen nahmen an der Demonstration durch die Gießener Innenstadt teil. Forderungen wie „Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze“ und „Ich bin mehr Wert“ waren ebenso zu lesen wie „Krieg dem Krieg heißt Kampf dem Kapital“ und „Grenzenlose Solidarität“. - Auf der anschließenden Kundgebung in den Marktlauben ließ es sich die Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz (SPD) nicht nehmen, dank der Einführung des Mindestlohnes von 8,50 Euro von einem "guten Jahr für die Arbeitnehmer" zu sprechen. Die vielen Ausbildungssuchenden, Mini-Jobber, prekär Beschäftigten bis hin zu den Hartz-4-Empfängern können dies nur als Hohn empfinden. Deutlichere Worte fand dagegen Maike Wiedwald von der Gewerkschaft Erziehung- und Wissenschaft (GEW). Die stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen kritisierte, dass es in der Wirtschaft zu sehr um Profit und zu wenig um die Menschen gehe, vom aktuellen Wirtschaftsaufschwung käme zu wenig bei den arbeitenden Menschen an. Die inzwischen beschlossene staatlich verordnete Tarifeinheit ist nur der Anfang für weitere Kürzungen und Einschränkungen der Rechte der Beschäftigten. Nur durch einen gemeinsamen und starken Kampf können die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Werktätigen verbessert werden. Rainer Grabowski



27. Mai in Gießen

(Fortsetzung von Seite 1)

### Kita-Streik

delnden Milliarden an Steuermehreinnahmen fließen vorrangig in Kriegsfinanzierung (zusätzlich zu den 33 Milliarden Euro im laufenden Haushalt), für soziale Zwecke soll dagegen nicht mehr ausgegeben werden.

Es ist eine Verhöhnung der Erzieherinnen und Erzieher, der Eltern und Kinder angesichts dieser Zahlen zu behaupten, es sei kein Geld da.

Es ist ebenso eine Frechheit von Bürgermeisterin Weigel-Greilich eine Erhöhung der Kita-Gebühren anzukündigen für den Fall, dass der Streik Erfolg habe.

Die berechnete Forderung nach Gebührenfreiheit für den Kita-Besuch – zumindest im letzten Vorschuljahr – war einst auch von SPD und Grünen mitgetragen worden. Da kann ihr presswirksam geäußertes Verständnis für die Streikenden nur als Heuchelei

betrachtet werden.

Ob die betroffenen Eltern für die Tage, an denen ihre Kinder keine Kita besuchen konnten, entschädigt werden (wie es einige hessische Städte angekündigt haben), soll in Gießen auf der nächsten Sitzung des Stadtparlaments am 9. Juli beschlossen werden - nach den OB-Wahlen...

Die DKP ist solidarisch mit den Streikenden, die gleichzeitig auch die Interessen der 500.000 Erzieherinnen und Erzieher vertreten, die in kirchlichen Einrichtungen beschäftigt sind und nicht streiken dürfen!

In ihrem Solidaritätsschreiben erklärt die DKP: Euer Kampf ist mehr als berechtigt; wir werden Euch dabei nach unseren Kräften unterstützen und den falschen Behauptungen der Herrschenden und der darin zum Ausdruck kommenden Missachtung entgegenreten. Wir wünschen Euch viel Erfolg!

(Fortsetzung von Seite 1)

### Einzelhandel

Diese planlose, chaotische Entwicklung setzte sich 2002 fort mit der Schließung des Kaufhauses Kerber (heute TK-maxx) und der Eröffnung des Monstrums „Galeria Neustädter Tor“ am Oßwaldsgarten. Dieses Projekt, das gegen den Willen breiter Teile der Bevölkerung und der angrenzenden Schulen durchgesetzt wurde, hat sich erwartungsgemäß als Flop erwiesen. Die folgende Schließung von Horten war abzusehen wie auch der ständige Wechsel und die Leerstände in der „Galeria“.

Konkurrenzkampf und Profitprinzip sind mit den Bedürfnissen der Menschen nicht vereinbar. Statt eine vernünftige Struktur des Einzelhandels zu planen, wird dem Chaos des „Marktes“ freie Hand gelassen – zu Lasten der Kunden und der Beschäftigten.

In einer Stadt in der Größenordnung wie Gießen sollte es möglich sein, alle notwendigen Dinge des täglichen Lebens in der Innenstadt kaufen zu können.

Aber auch dazu bedarf es einer Gesellschaftsordnung, in der nach den Interessen der Menschen geplant und gehandelt wird – und das in allen Bereichen: im Gesundheits- und Bildungswesen ebenso wie in der Versorgung mit erforderlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen, einer sozialistischen Gesellschaft. M. Beltz

# Wohnbau Gießen wöhnt sich im Oberwasser

## Rechtsanwalt versäumte Berufungsfrist

Die Wohnbau Gießen scheint nach wie vor nicht bereit, für die ordnungsgemäße Reinigung ihrer Häuser zu sorgen. Weder hat sie selbst in der Vergangenheit veranlasst, dass eine preisgünstige Firma beauftragt wurde, noch hat sie sich - obwohl mehrfach dazu aufgefordert - darum bemüht, die ordnungsgemäße Reinigung zu kontrollieren.

Erst nach der Beharrlichkeit einer Mieterin, die darauf bestand, gab sich Geschäftsführer Thies dazu her, Ende April einen Ortstermin zu vereinbaren. Er erschien in Begleitung von Herrn Schomber. Den Verantwortlichen für den Wohnbau Mieterservice, Herrn Sonnabend, hatte er entgegen seiner Zusage nicht dabei. Für ihn bestand der Zweck des Treffens da-

rin, die auf ihrem Recht bestehende Mieterin kalt zu stellen, wobei auch das Wort „Kündigung“ fiel. Nur widerwillig und erst nach mehrmaliger Aufforderung nahm Thies schließlich die zahlreichen Verschmutzungen zur Kenntnis – ohne daraus nennenswerte Konsequenzen zu ziehen.

Offenbar fühlt sich die Wohnbau jetzt im „Recht“, nachdem die Klage der Mieterin nach einer sehr einseitig geführten Blitzverhandlung (s. Gießener Echo 12/14) abgewiesen (und - welch Glücksfall für die Wohnbau - die Berufungsfrist vom Rechtsanwalt „versäumt“) worden war. Aber auch hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Und alles soll nun beim alten bleiben: Die Mieter zahlen für einen Reini-

gungsdienst, der die vertraglich geregelten Arbeiten schlecht, gar nicht oder nicht im vorgeschriebenen Turnus durchführt. Das heißt auch: sie zahlen zu viel.

Dabei sollte es doch auch im Interesse der Wohnbau sein, dass ihre Häuser ordentlich gehalten werden; doch auch hier zählt offenbar nur der Gewinn. Von einem „sozialen Wohnungsbau“, der früher dem Stadtparlament und damit einer demokratischen Kontrolle unterstand, wurde sich schon lange verabschiedet.

Die Mieterin verdient Respekt: sie streitet weiter gegen die Wohnbau und den Filz der Herrschenden und ihrer Dienste, für ihr gutes Recht und damit auch das der anderen 7000 Mieter, die keine Lobby haben. E. B.



## Maiveranstaltung der DKP und SDAJ

Etwa 45 interessierte Menschen folgten der Einladung der DKP Gießen und der SDAJ Gießen-Marburg zur traditionellen Vormaiveranstaltung im Café Amelié. Zu Beginn berichteten zwei Jugendliche einer SDAJ-Gruppe über ihre Erlebnisse bei einem mehrmonatigen Aufenthalt in Kuba. Anschließend sprach Alberto Berbes, 3. Sekretär der kubanischen Botschaft in Berlin. In seinem spannenden Vortrag berichtete er über das Leben in Kuba und die Veränderungen, die auf das Land zukommen. In der Bevölkerung wird dazu eine breite Diskussion geführt. Das Gesundheits- und Bildungswesen wird aber wie bisher kostenlos bleiben und auch Wohnungen, Lebensmittel, Elektrizität und Transport werden weiterhin stark vom Staat subventioniert. Nach einer ausgiebigen Diskussionsrunde gestaltete der Liedermacher Ernst Schwarz den weiteren Abend. Das begeisterte Publikum sang und tanzte zu den revolutionären Liedern, die erlebnisreiche Veranstaltung wird allen lange in Erinnerung bleiben. (Foto: Alberto Berbes auf dem Podium links, rechts Michael Beltz bei der Begrüßung.) R.G.



### Der Prinz und sein Harem



Die Homo-Ehe ist nicht mehr aufzuhalten.

## Aus einem Kommentar von Lucas Zeise zum Streikrecht:

Noch skandalöser als seine Verabschiedung ist die Tatsache, dass große DGB-Gewerkschaften, nämlich die IG Metall und die IG BCE, und der DGB selber das Antistreikgesetz billigen. Sie billigen es nicht nur. Sie haben es zusammen mit den Arbeitgeberverbänden auf den Weg gebracht. Dass dabei nicht die Sorge um die einheitliche Vertretung der Lohnabhängigen im Vordergrund steht, sondern die „engere Kooperation von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften“, machten sie einen Monat zuvor deutlich. Das kurze Zitat findet sich in einem 25 Seiten starken Text, einer Kooperationsvereinbarung der vier Gewerkschaften IG Metall, IG BCE, EVG und IG Bau, den die Vorsitzenden dieser Organisationen zusammen mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann einem ausgesuchten Kreis von vier Hauptstadjournalisten vorstellten... Eine Richtungsgewerkschaft, besser ein Block von vier solchen Gewerkschaften wird aufgebaut. Einer seiner Betreiber, der EVG-Vorsitzende A. Kirchner, sagte: „Wir signalisieren, dass wir eine gemeinsame Philosophie haben.“ Welche Philosophie oder Gewerkschaftsrichtung das ist, darüber lässt das Papier keinen Zweifel. Es ist die Unterordnung unter die Bedürfnisse des Kapitals, um genauer zu sein, des deutschen Kapitals. Da ist von „unserer Stärke“ auf dem Weltmarkt die Rede. Gefordert wird eine „koordinierte Politik für die Industrie 4.0“ und die Schließung der erheblichen „Investitionslücke, die Unternehmen wie Belegschaften an der Entwicklung hindern“. (in UZ, 29.5.15)

## Ballermann in der Wieseckau

Die Wieseckau wurde im April vom Förderverein Landesgartenschau eigenmächtig in „Stadtpark Wieseckau“ umbenannt (für eine offizielle Namensvergabe bedarf es eines Parlamentsbeschlusses! - dieser ist nicht vorhanden). Einzige Legitimation war eine Umfrage in der Gießener Allgemeinen Zeitung (GAZ), wo sich von weniger als 400 teilnehmenden Personen gerade einmal 86 (!) dafür aussprachen. Und der Gießener Magistrat in Person von Frau OB Grabe-Bolz und Bürgermeisterin Weigel-Greilich unterstützten dies noch, indem sie das „Stadtpark“-Fest und die symbolische Taufe durch ihre Anwesenheit aufwerteten. Dieses Fest, welches ohne Rücksicht auf die aktuelle Brutperiode der teils geschützten Wasservogel-Population inmitten des Landschaftsschutzgebietes durchgeführt wurde, sorgte für besonderes Aufsehen in Form der schallenden Blasmusik, welche nicht nur über die Brutplätze tönte, sondern sich bis weit in die Stadt hinein fortsetzte. All dies geschah ohne die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen (nach Aussage von Frau BM Weigel-Greilich "ein Versehen"!).

Das „Stadtpark“-Fest war lediglich der Auftakt weiterer Events dort: nach dem Landesturnfest im Mai erwarten

uns weitere Happenings in Form von Sommer- und Herbstfest! Will die Stadt aus dem Landschaftsschutzgebiet nun einen Eventpark machen? Die BI hat nichts gegen schöne Feste in Gießen einzuwenden. Allerdings wird erwartet, dass der Magistrat bestehende Verordnungen einhält und die sich daraus ergebenden Beschränkungen auch durchgesetzt werden. Die GAZ fragte im Mai ihrer Leser:

„Gießen hat jetzt am neuen Teich eine große Strandbar. Wie finden Sie das?“ - So entschieden sich die 2300 Teilnehmer für die vorgegebenen Antworten: „30 % Super. So was gehört einfach zu einer Uni-Stadt. Man sieht sich. 64 % Also nee. Ich brauche keinen Remmidemmi beim Spaziergehen. 6 % Wenn ich ans Wasser will, gehe ich an die Lahn.“

Dies macht deutlich, dass sich die Mehrheit nach der Rückkehr zum Naherholungsgebiet sehnt und sicher keinen „Ballermann in der Wieseckau“ wünscht. Diese Ergebnisse werden natürlich nicht in der Zeitung veröffentlicht, weil sie dem gewünschten Resultat widersprechen. Auch dies ist ein Beleg dafür, wie man still und heimlich das Landschaftsschutzgebiet zerstören möchte und ein weiterer Beleg für die „umfassende Bürgerbeteiligung“. Martina Lennartz



Sämtliche Veranstaltungen in diesem Landschaftsschutzgebiet hätten nur mit einer Ausnahmeregelung durchgeführt werden dürfen, denn: "Das Abhalten von Versammlungen, Musik-, Sport- oder Grillfesten im Außenbereich außerhalb der zugelassenen Einrichtungen; das Aufstellen von Zelten, Wohnwagen oder sonstigen transportablen Anlagen einschließlich fahrbarer Verkaufsstände außerhalb der dafür zugelassenen Plätze; das Fahren mit oder das Parken von Kraftfahrzeugen aller Art außerhalb der für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr zugelassenen Wege, Straßen- oder Plätze sind nach der Schutzgebietsverordnung nicht gestattet."

# Uniklinikum: Bouffier brüskiert Beschäftigte

Seit der Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) vor fast 10 Jahren gibt es für die dort Beschäftigten nur einen Trend: immer mehr Druck, mehr Arbeitshetze. Die Patientenzahlen steigen und steigen, die Zahl der besetzten Stellen kommt bei weitem nicht mit. Logisch – der Besitzer, die Rhön AG, will eine Rendite für seine Aktionäre erwirtschaften. Außerdem müssen auch noch Millionenbeträge für Investitionen und Zinsen erarbeitet werden – obwohl diese Kosten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz eigentlich vom Land Hessen aufgebracht werden müssten. Besonders unerträglich ist die Situation für die Belegschaft in Marburg. Deswegen hat der dortige Betriebsrat einen Brief an den Hessischen Ministerpräsidenten Bouffier geschrieben, in dem dieser auf die Verantwortung der Landesre-

gierung für die Krankenversorgung hingewiesen wurde. Bouffier hat sich aber nicht bei Personal und Patienten informiert, sondern die Geschäftsleitung des Rhön-Konzerns befragt. Die hat ihm versichert, es sei alles in

der Ministerpräsident dem Personalrat geantwortet mit einem Text, der zu großen Teilen von der Internetseite der Rhön-AG kopiert wurde. Die Zahlenspielerereien, mit denen sich Bouffier vom Rhön-Vorstand täuschen ließ, zeigen eines: Es fehlt ein verbindlicher Personalschlüssel für Krankenhäuser. Die Gewerkschaft ver.di hat nachgerechnet, dass bundesweit in Krankenhäusern 160.000 Stellen fehlen, davon 70.000 im Pflegesektor. Am Berliner Uniklinikum Charite wird zur Zeit wieder versucht, in Tarifverhandlungen einen Personalschlüssel festzulegen. Auch im UKGM finden Tarifverhandlungen statt, ver.di fordert unter anderem 5,5% mehr Gehalt. Der Kampf um eine bessere Personalausstattung sollte auch hier auf der Tagesordnung stehen – auf Hilfe durch Regierungsparteien ist nicht zu hoffen. Gernot Linhart



Ordnung, Hochschulmedizin und Krankenversorgung hätten sich seit der Privatisierung prächtig entwickelt. Entsprechend dieser Auskunft hat

Immer mehr Deutsche dopen am Arbeitsplatz!

*Ich befürchte, wir müssen Sie für 2 Jahre sperren! Auch die B-Probe hat ergeben, dass Sie sich durch leistungssteigernde Aufputschmittel eindeutig einen Vorteil gegenüber ihren Kolleginnen verschafft haben!*

## CDU/SPD beschränken Streikrecht

Das in namentlicher Abstimmung mit 444 Ja- zu 126 Nein-Stimmen verabschiedete Gesetz ist ein Verfassungsbruch mit Ansage. Denn das Grundrecht auf Streik wird unter einen Mehrheitsvorbehalt gestellt. Das ist, als würde die Meinungs- und Pressefreiheit nur noch für diejenigen gelten, die die Auffassungen des Mainstreams vertreten. Es wäre nicht der erste Beschluss dieser Koalition, der vom Bundesverfassungsgericht wieder kassiert wird. „Die Abwehr von Eingriffen in das Streikrecht war und ist für die Zustimmung der IG Metall zwingend“, ließ IG-Metall-Vize Jörg Hofmann am Freitag per Mitteilung wissen und be-

hauptete stur, das Gesetz beschränke dieses Recht nicht. Dabei weiß auch er ganz genau, dass in Deutschland nur für tariflich regelbare Ziele gestreikt werden darf. Wird einer Gewerkschaft das Recht vorenthalten, Tarifverträge zu schließen, können ihre Streikaufrufe für „unverhältnismäßig“ und damit illegal erklärt werden. "Mit aller Entschiedenheit" habe sich die IG Metall aber gegen diejenigen gewandt, „die etwa eine gesetzliche Zwangsschlichtung oder andere gesetzliche Eingriffe in das Streikrecht einfordern“, betonte Hofmann. Dazu lässt sich nur sagen: So was kommt von so was. Wer Konkurrenzgewerk-

schaften mit Hilfe des bürgerlichen Staates ausbooten will, sollte sich nicht wundern, wenn das Kapital diese Steilvorlage für weitergehende Beschränkungen nutzt. Eben deshalb ist die Auseinandersetzung um das Streikrecht nach dem Bundestagsbeschluss nicht zu Ende, sie steht vielmehr an ihrem Anfang. Das neue Gesetz juristisch zu Fall zu bringen ist wichtig, und es ist gut, dass auch ver.di Verfassungsklage einreichen will. Für die Verteidigung dieses Grundrechts werden in den kommenden Jahren aber noch ganz andere Mittel nötig sein. (gekürzt aus „junge Welt“, 23.5.15)

## Weg mit dem PKK-Verbot



Auf dem Podium von links: Henrik Kordes (MLPD), Matthias Riedl (Linkspartei), Stefan Walther (Moderator, Vertreter des KSG), Imam (KSG), Henning Mächerle (Rote Hilfe)

Auf Einladung des Kurdistan-Solidaritätsbündnisses-Gießener (KSG) diskutierten 30 Besucher die Forderung: "PKK-Verbot aufheben". Den Fragen stellten sich Vertreter von KSG, Linkspartei, MLPD und Rote Hilfe. Imam stellte das KSG vor, das von Mitgliedern verschiedener kurdischer und deutscher Organisationen gegründet wurde mit dem Ziel die demokratischen Erfolge in Rojava bekannt zu machen und die praktische Hilfe für Kobane zu organisieren. Henning Mächerle wies auf die historische Entwicklung hin, die beginnend mit den Sozialistengesetzen, über das KPD Verbot, bis hin zum immer noch aktuellen PKK Verbot führte.

Begründet mit dem fadenscheinigen Argument des "Antiterrorkampfes" seien dafür die Paragraphen 129a und b eingeführt worden.

Betroffen wäre keineswegs nur die PKK, betonte Henrik Kordes, auch die Verhaftung von 13 ATIK-Genossen zeige eindeutig, dass die Herrschenden aus antikommunistischen Motiven handeln und vor allem Revolutionäre kriminalisieren würden.

Einigkeit herrschte auf dem Podium und im Publikum: "Weg mit dem PKK-Verbot!" S.W.

## 8. Mai - Tag der Befreiung

Fast 100 Menschen waren am 8. Mai einem Aufruf des Gießener Gewerkschaftsbundes zu einem Mahngang gefolgt. Die Veranstaltung erinnerte an die Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren. An mehreren Stationen zwischen Bahnhof und Gewerkschaftshaus wurde in kurzen Redebeiträgen der Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus betont, die Rolle der Sowjetunion beim Kampf gegen den Faschismus gewürdigt und Lehren für die Gegenwart gezogen. Antifaschismus heute heißt Kampf gegen Kriegstreiberei und Fremdenfeindlichkeit, für einen humanen Umgang mit Menschen, die vor Krieg und Elend in ihren Heimatländern fliehen. G.L.



## Leserbrief

### Cuba hilft Nepal

Ich beziehe mich auf die fürchterliche Erdbebenkatastrophe in Nepal. Heute entsendet der sozialistische Inselstaat Cuba einmal mehr eine hochqualifizierte Ärztebrigade uneigennützig samt Hilfsgütern in das zerstörte Nepal. Ihnen gilt meine ganze Solidarität. „Wir sind auf alle Katastrophen vorbereitet, so auch auf den Krieg!“ (Fidel).

Falk Moldenhauer

**UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche antikapitalistisch!  
10 Wochen kostenlos testen  
CompressVerlag, Hoffnungs-  
Str. 18, 45127 Essen  
info@unsere-zeit.de

**DKP**  
Nachrichtenportal

news.dkp.de / dkp-giessen.de



# Staatsprinzip Antikommunismus

Da feiert sich die Bundesrepublik Deutschland heute als Muster eines antifaschistischen Staates, der aller Welt zu zeigen und vorzuschreiben hat, wie eine funktionierende Demokratie auszu-sehen hat. Und man muss sagen, es ist den Herrschenden hierzulande ganz gut gelungen, die Menschen entsprechend zu erziehen.

Natürlich spricht es nicht gerade für eine funktionierende Demokratie, dass es nur noch die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne zieht. Da hat man uns 1949 etwas anderes vorgemacht. Ich entsinne mich, wie uns Jungen erzählt wurde, die Naziherrschaft sei vor allem aus der Abkehr vom Christentum erwachsen und nun kämen „christliche“ Politiker wie Adenauer und Heuss an die Spitze des Staates. (Nebenbei, ein Arbeiterwiderstand, der vor jedem bürgerlichen einsetzte, kam da nicht vor und musste uns erst später vom „Unrechtsstaat“ DDR beigebracht werden.)

Heuss hatte bekanntlich im Reichstag für das Ermächtigungsgesetz der Nazis gestimmt, Adenauer vertrat damals nach eigenem Bekunden die Auffassung, man könne eine so große Partei wie die NS-DAP nicht von der Regierungsverantwortung fernhalten. Während Heuss mit seiner Zigarre die extrem unbeliebte Wiederaufrüstung Westdeutschlands gemächlich vernebelte, ließ Adenauer die Wehrmacht durch Hitlers Generale Heusinger, Speidel, Foertsch aufbauen.

Das prinzipiell Gleiche spielte sich beim Neuaufbau des Auswärtigen Amtes ab, wo zu Adenauers Zeit mehr NSDAP-Mitglieder agierten als unter NS-Außenminister Ribbentrop.

Und da man den „neuen“ Staat – im „Unrechtsstaat“ DDR machte man andere Erfahrungen – nicht ohne die alten Fachleute aufbauen konnte, holte man nach und nach die Nazis aus Beamten- und Lehrerschaft, Justiz, Polizei alsbald in ihre Ämter zurück. Übung in Sachen Antikommunismus hatten sie und der Feind saß weiter im Osten und hatte es darauf abgesehen, seine Kosakenpferde im Rhein zu tränken.

Zur Zeit wundert man sich über undemokratische Machenschaften des Bundesnachrichtendienstes (BND). Dieser war aus der Organisation Gehlen, dem Leiter von Hitlers Spionageorganisation „Fremde Heere Ost“ entstanden, maßgeblich von dem Nazi-Oberst Albert Schnez aufgebaut, später Heeresinspekteur unter Minister F. J. Strauß, Kanzler Willy Brandt und Minister Helmut Schmidt. Die alten Nazis leben nicht mehr und da kann man den Menschen leicht vormachen, die heutigen Kriegsgräuere und Verletzungen der Menschenrechte seien notwendig zum Schutz der Demokratie. Wir haben Hiroshima und Vietnam erlebt und da wird uns Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Jemen, Sudan, Libyen, Somalia zum Normalfall. Und wir rücken immer näher an die Grenzen Russlands heran.

Klaus Mewes

## EU-Militär soll Schiffe versenken

Anstatt den Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Elend in ihren Ländern nach Europa flüchten wollen, zu helfen, wollen die EU-Regierungen ihre Kriegsmarinen in Bewegung setzen. Sie behaupten, nicht die Zustände in den Herkunftsländern seien der Grund der Flucht, sondern die Existenz von angeblich kriminellen Schleuserbanden.

Aber niemand verlässt seine Heimat, weil es Schleuser gibt, sondern es gibt diese Fluchthelfer, weil es Fluchtursachen und Flüchtende gibt. Die Pläne der EU sind abenteuerlich: Sie wollen die Schiffe, die den Menschen als Transportmittel dienen könnten, versenken.

Das ist entweder reiner Aktionismus,

um rechten Hetzern entgegen zu kommen, oder verbrecherisch.

Auch wenn es keiner so genau sagt, dieses Schiffe-Versenken wäre ein massiver Eingriff in die nordafrikanische Küstenschiffahrt und Fischerei. Niemand kann einem Schiff ansehen, ob es für normale gewerbliche Zwecke oder als Flüchtlingsboot genutzt werden soll.

Die EU-Länder zerstören mit ihren riesigen Fischereifloten und mit subventionierten Exporten schon jetzt die Lebensgrundlagen vieler Menschen in Afrika und Asien, mit der Versenkung von Küsten- und Fischereibooten käme eine weitere Fluchtursache dazu.

Gernot Linhart

## Thomas Mann: „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche.“

Der Leutnant der Reichswehr Richard Scheringer („Das große Los“) stellte sich zum Ende der Weimarer Zeit auf die Seite der Kommunisten. Gegner der Nazis wurde auch der alte Freikorpsmann Ernst von Salomon („Die Geächteten“, „Der Fragebogen“). Als Scheringer ihn nach den Gründen fragte, antwortete der: „Der Hauptgrund war der, dass die Nationalsozialisten den Antisemitismus zum Staatsprinzip machten. Es war klar, dass das zu Katastrophen führen musste.“ „Der heutige Staat erhebt den Antikommunismus zum Staatsprinzip“, sagte Scheringer. Da erklärte Salomon: „Wenn das nicht aufhört, wird es genauso zu Katastrophen führen.“

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

www.jungewelt.de/testabo  
Abo telefon: 030 53 63 55 50

Redaktionsschluß für Juli-  
Echo: Mi., 24. Juni 2015

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de)

Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)  
Ich möchte:  
 das Gießener Echo abonnieren  
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name: .....

Adresse:  
.....  
.....

e-mail: .....

## Aktiv werden gegen den G7-Gipfel in Elmau Aufruf der SDAJ und DKP: Grenzenlose Solidarität heißt Kampf dem deutschen Imperialismus

Die Staats- und Regierungschefs der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt zu Gast in Deutschland: Anfang Juni tagen die G7 – also die Herrschenden Deutschlands, der USA, Japans, Großbritanniens Frankreichs, Italiens und Kanadas – im bayerischen Luxushotel Schloss Elmau. Die schwarz-rote Bundesregierung unterstreicht die Bedeutung dieses Treffens, in dem sie verkündet, die G7-Staaten hätten eine „besondere Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft unserer Erde“.

Wie diese Gestaltung aussieht erleben wir tagtäglich. Krieg und Militarisierung, Sozialabbau und Krisenabwälzungen auf den Rücken der arbeitenden Menschen, Verzögerung des Renteneintrittsalters und Abbau der Sozialsysteme, Überwachung und Einschränkung demokratischer Rechte, Zerstörung der Umwelt und tausende tote Flüchtlinge im Mittelmeer. Wenn sich die imperialistischen Zentren der Welt zusammenschließen und gemeinsame Ziele ausarbeiten, so ist das ein Angriff auf Lohnabhängige, Arbeitslose, Jugendliche und RentnerInnen in diesem Land wie auch weltweit. Die G7 nutzen ihren Zusammenschluss

auch um gemeinsam gegen Russland die Aggressionen im Ukraine-Konflikt zuzuspitzen. So schreiben die G7 in einer gemeinsamen Erklärung, sie seien bereit, den Preis, den Russland „für sein widerständiges Vorgehen zu zahlen hat, weiter zu erhöhen“. Die deutsche Regierung hat zur Zeit die Präsidentschaft der G7 inne. Mit dem Anspruch die „Welt mitgestalten“ zu wollen, wird sie den Gipfel nutzen um ein mediales Spektakel zu inszenieren: Die Herrschenden der Welt sind zu Gast beim deutschen Imperialismus. Dabei soll lauter Protest verhindert werden. Schon jetzt werden Einschränkungen des Demonstrationsrechts vorgenommen, v.a. geplante Camps sollen nach dem Willen der bayerischen und bundesweiten Behörden verhindert werden. Es wird ein Klima der Angst geschaffen, um die Gegenproteste zu delegitimieren.

Wir rufen dazu auf, zusammen mit uns und vielen anderen Zusammenschlüssen, Initiativen und Organisationen solidarisch und entschlossen der staatlichen Repression und der imperialistischen Logik der G7-Politik entgegenzutreten.

## SDAJ: Super-Jugend-Festival in Köln

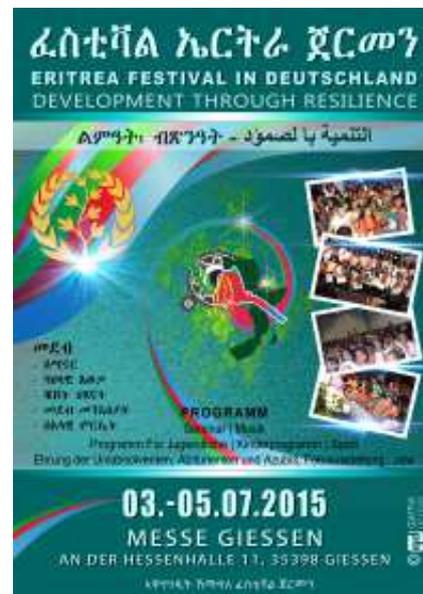


Die SDAJ hatte alle Register gezogen, um in diesem Jahr viele Jugendliche unter dem Motto „Make capitalism history – Die Zukunft gehört uns!“ für die Teilnahme am Festival zu gewinnen. 650 Dauercamper und 1.500 Besucher nahmen das Angebot an. Das ist bemerkenswert, denn auch wenn Konzerte, Party, Sport und Kulturprogramm nicht zu kurz kamen, stand das politische Programm im Vordergrund. Von Politikverdrossenheit keine Spur. -Auch viele internationale Gäste waren auf dem Festival anzutreffen. Der Belgier Peter Mertens las aus seinem Bestseller „Wie können sie es wagen?“, griechische Kommunisten berichteten vom Widerstand gegen die Erpressungspolitik der Troika und Ukrainer warben für Solidarität mit den Kämpfenden im Donbass... - Mit attraktiven Angeboten waren DKP und UZ auf dem Fest sichtbar. Nicht nur kulinarische Angebote, auch Diskussionsrunden, u. a. mit Patrik Köbele zur Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, fanden lebhaften Zuspruch. Der Einsatz rund um das „Café K“ wurde reich belohnt: Mehr als zehn junge Menschen füllten ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der DKP aus, fast 50 abonnierten die UZ.

## Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr,  
bei den 3 Schwätzern

Ab sofort gibt es eine  
Facebook-Seite der  
DKP Gießen



## Eritrea-Festival vom 3. bis 7. Juli in den Hessenhallen

Zum 5. Mal findet in Gießen das bundesweite Festival statt mit Vorträgen, Musik, Programm für Jugendliche und Kinder, Sport, Fotoausstellung u.v.m.

## Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75  
5135 0025 0000 1930 70**